

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz * Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig für einfache und auswärtsige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 35 mm breite Reklame-Zeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Dreifachdruck und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag
23
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird fünfzig bei gerichtlicher Bestätigung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 96 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfach 20: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Ein neues Reichsministerium. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann.

den wir am Freitag unseren Lesern melden konnten, ließ schon vermuten, daß in den Reihen der Volksvertreter eine starke Strömung zugunsten der Unterzeichnung des Friedensvertrages bemerkbar gemacht hatte. Vom Zentrum war bereits bekannt, daß seine Mehrheit entschlossen war, für die Annahme der Bedingungen zu stimmen. Welche Haltung die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion einnahm, war aber noch unbekannt. Aus der Meldung, daß sich Dr. David und Reichsminister Noske für die Unterzeichnung des Friedens ausgesprochen hätten, ließ sich jedoch schließen, daß auch in der Sozialdemokratie die Ansichten zum mindesten geteilt waren. Eine Probeabstimmung in der demokratischen Fraktion ergab nur eine geringe Mehrheit für die Unterzeichnung. Dagegen trat die „Kölnische Zeitung“, wie weiter unten ausführlicher gemeldet wird, unumwunden für die Annahme der Bedingungen ein, gleichwie auch die „Frankfurter Zeitung“. Chefredakteur Stämpfer schrieb im „Vorwärts“: Die Bildung eines Kabinetts, das die Nichtunterzeichnung eintritt, ist unmöglich, weil es ungewiß wäre, ob ein solches in der Nationalversammlung auch nur eine knappe Mehrheit befände. Es muß also die Bildung eines Kabinetts versucht werden, das zur Unterzeichnung bereit ist. Dieses kann nur bestehen aus Mehrheitssozialisten und Zentrumsleuten. Es hätte Aussicht, ein Vertrauensvotum zu erhalten. Den Gegnern der Unterzeichnung kann es unter den jetzigen Verhältnissen nur noch darauf ankommen, ihr Gewissen zu wahren, nicht aber ihren Willen durchzusetzen. Ein anderer Weg ist leider nicht mehr zu sehen. Kompromisse hätten nur dann einen Sinn, wenn sie mit der Entente geschlossen werden könnten. Die aber will nicht mit unseren Parlamentariern verhandeln, sondern fordert klare Entscheidung. Die Unterzeichnung ist, wie ich schon sagte, eine moralische Katastrophe, aber diese Katastrophe ist jetzt unvermeidbar geworden.

Gegen die Unterzeichnung

Der Bedingungen traten geschlossen zuletzt nur noch die Fraktionen der deutschen nationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei auf, welche gemeinsam eine Erklärung erließen, in der es zum Schluß heißt: Die Annahme des Friedensvorschlages bedeutet eine nationale Schmach. Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde in der Welt. Einem zerstückelten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle und moralische Tod! Um unserer Taten und um der Zukunft unserer deutschen Jugend willen, sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum Äußersten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt! Darum lehnen wir den Friedensvertrag ab. Das Kabinett Scheidemann hatte sich gleichfalls gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages festgelegt, es weichte infolgedessen den immer stärker werdenden Willen der Mehrheit der Nationalversammlung weichen.

Die Neubildung der Regierung.

Welche von dem Reichspräsidenten dem Arbeitsminister Bauer übertragen wurde, stieß zunächst auf Schwierigkeiten, weil die Demokraten den Eintritt in das Kabinett, das nur für die Unterzeichnung der Friedensbedingungen sein sollte, ablehnten. Doch gelang es noch am Samstag den wiederholten Bemühungen Bauers, die Regierung aus dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten zu bilden. Es besteht nunmehr dieselbe in folgender Zusammensetzung:

Präsident des Reichsministeriums Bauer, Reichsminister des Innern Dr. David, Vertreter des Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller, Reichs-

Ministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Erzberger, Reichswirtschaftsminister Wiffel, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichsjahresminister Mayer, Kaufbeuren, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamtes Bell, Reichswehrminister Noske, Reichsernährungsminister Schmidt, Reichsjustizminister bleibt offen. Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Gestern Sonntag fand dann in Weimar die für den Abschluß der so langen Wartezeit entscheidende Sitzung der Nationalversammlung statt. Deren Verlauf und Ausgang konnten wir am Abend noch durch Anschlag folgenden Telegramms veröffentlichen:

Am Weimar, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Gräber: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden“ in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Ferner wurde der Regierung mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen das Vertrauen der Nationalversammlung ausgesprochen.

Mit diesem Beschluß nimmt das große Drama, das seit fast fünf Jahren nahezu die ganze Welt erschüttert hat, mit der endgültigen Niederlage der europäischen Mittelmächse seinen Abschluß, ganz anders wie es noch vor einem Jahre von den nun Besiegten erhofft wurde. Ganze Staaten gingen bei dem großen Streit in Trümmer, aus den Ruinen sich wieder emporzurichten zum gleichwertigen und gleichberechtigten Gliede der Staatenfamilie der Welt in harter Arbeit und Selbstzucht, ist nun die erste, die einzige und höchste Aufgabe des deutschen Volkes!

— Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ sagt, daß der Friedensvertrag in der angegebenen Frist in Weimar unterschrieben und dann mit Expreßkurier nach Versailles überbracht wird.

Ebert bleibt.

Berlin, 20. Juni. Mit einer Amtsniederlegung des Reichspräsidenten ist, wie die „S. Z.“ von maßgebender Stelle erfährt, nicht zu rechnen, obwohl er als Gegner der Unterzeichnung ziemlich disponiert erscheint. Die Stellung des Reichspräsidenten, gleichgültig, welche Auffassung er vertreten hat, wird verfassungsmäßig durch den Ausfall der Abstimmung in der Nationalversammlung nicht berührt.

Vor der Entscheidung

gab die „Köln. Zeitung“ ihrer Meinung über die Frage der Unterzeichnung in folgenden Ausführungen Ausdruck:

Selbst wenn die Autoritäten, denen wir vertrauen müssen, nach Maßgabe der physischen Wahrheit zu der Überzeugung kommen, daß wir nicht unterzeichnen sollen, so verlangt trotzdem das über allen anderen Erwägungen stehende Gebot, Deutschland zu erhalten, daß wir unterzeichnen. Nie ist in der Geschichte der Völker nach so verzweifelterm Ringen, wie das hinter uns liegende, ein Friede ohne Vorbehalt und Einspruch unterzeichnet worden. Bekennen deshalb auch wir offen die Wahrheit, sagen und begründen wir, daß nach gewissenhafter Erforschung aller Möglichkeiten menschlichem Ermessen gemäß die Auslagen des Gegners nicht zu erfüllen sind, daß wir aber unterzeichnen in dem aufrichtigen Bemühen, den Bedingungen gerecht zu werden, weil wir nur darin für uns die Möglichkeit sehen, Deutschland zu werltätigem Leben zu erhalten, und für unsere Gegner einen Weg, den dem Besiegten auferlegten Willen nach Möglichkeit zu erfüllen.

Oder gibt es einen anderen Ausweg? Wir glauben nicht. Man möge sich doch nicht drüben im unbefestigten Gebiet wieder deutschen Träumen hingeben, aus denen man nur mit furchtbarem Enttäuschen erwachen würde. Ist man wirklich in Berlin und in Weimar der Meinung, unsere Gegner würden zaudern, aus ihrer Willenserklärung die Folgerung zu ziehen? Was und wer in aller Welt sollte sie davon abhalten, wo sie den Ribbelungsschlag unseres ergiebigsten Kohlenreviers in Reichweite vor sich liegen sehen, wo sie nur die Hand auszustrecken brauchen, um sie auf Deutschlands große Geschützwerke zu legen, wo sie wissen, daß ihr Vormarsch für alle Sonderbündler im Süden, Norden und in der Mitte das Zeichen sein wird, um das Reich zu zerstückeln, wo ihnen nach dem divide, dem Zerklüffern, das impera, das Beherrschen, um so leichter wird. Es mag sein, daß in der Rechnung der Gegner nicht alles so glatt ausgeht, wie sie das wünschen, denn es ist eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Aber in ihr ist Hundert gegen eins darauf zu setzen, daß sie sich erfüllen wird, denn mit einem durch Krieg und Hunger körperlich und seelisch zerrütteten Volke darf man nicht mehr Experimente machen, die nur Erfolg haben können, wenn das Vertrauen in eine gesunde, kraftstrotzende Volksseele unerschüttert ist. Das ist die bitterpsychologische Wahrheit, wie sie jeder sehen muß, der die Dinge betrachtet wie sie sind, ohne Abblendung und falsch eingestelltes Licht. Das ist die Wahrheit, wie sie mit uns auch Hunderttausende von Volksgenossen erkannt haben, und wie sie von Tag zu Tag weitere Hunderttausende erkennen lernen. Wir sprechen sie aus auf die Gefahr hin, Mißdeutungen zu begegnen, weil wir das für unsere Pflicht und Schuldigkeit halten, und wir möchten wünschen, daß die Dolmetscher der Volksmeinung in Weimar, ehe sie ihre das deutsche Schicksal bestimmenden Entschlüsse fassen, sie prüfen und beachten.

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in ihrer Nummer vom 19. Juni: So furchtbar in moralischer, politischer, nationaler und wirtschaftlicher Beziehung die Unterzeichnung der Bedingungen auch ist — wir haben gar keine andre Wahl, denn die Ablehnung der Unterzeichnung wäre nicht nur das größere Uebel, sondern sie bedeutete unsern völligen Ruin und die Zerreißung der deutschen Einheit. Wir würden nicht nur die Zugeständnisse, in denen großer Wert steht, wieder verlieren, sondern der Feind würde sich in den Besitz derjenigen ferndeutschen Landesteile setzen, die er von uns wünscht. Er würde die letzten Aasquellen unserer Rohstoffversorgung in seine Gewalt bringen. Er würde den blockierten Rest, in dem nach kürzester Zeit keine Maschine, kaum ein Wasserwerk mehr betriebsfähig wäre, der chaotischen Anarchie, einem unbeschreiblichen Massensterben und dem wildesten Bürgerkrieg, einem Krieg um das Brot und den Frieden, ausliefern. Und das Entsetzlichste ist: ohne daß Deutschland dadurch geholfen würde! Denn, wie wir gestern schon sagten, allenfalls wären wir in der Lage, den für heroisch geltenden Entschluß der Ablehnung zu fassen, aber niemals wäre unser durch die Torheiten seiner Führung abgestoßenes Volk befähigt, moralisch eine solche Schreckenszeit auszuhalten. Das wäre selbst bei normalen Verhältnissen äußerst schwierig, heute ist es einfach, undenkbar. Physisch unausführbar, selbst wenn es moralisch möglich wäre. Man vergesse auch nicht, daß der Verlauf der Revolution, insbesondere die neuesten blutigen Kämpfe um die Macht, das Volk nicht etwa zusammengeschnitten haben: Alles gärt noch, wenn auch nur unter der Dede. Wer im Falle der Ablehnung auf den sozialen Geist rechnet, unterschätzt diesen Zwiespalt, und was so wahnsinnig ist, auf den Sieg des Nationalismus und der Reaktion zu hoffen, der vergißt

daß der Bolschewismus in seiner entsetzlichen Kampf-
form die Antwort der enttäuschten Massen wäre. Elend
über Elend, wenn wir nicht den Mut finden, im rechten
Augenblick zu unterzeichnen. Darum muß unsere
Regierung innerhalb der Ultimatumfrist ihre Bereit-
schaft, ihre durch die physische Unmöglichkeit jeder anderen
Lösung erzwungenen Bereitschaft zur Unterzeichnung des
Vertrags erklären.

Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen in den Verbändeländern.

Paris, 20. Juni. (Havas.) Die Regierungen der
Großmächte hatten beschlossen, die Friedensbedingungen,
so wie sie Deutschland überreicht wurden, zu veröffent-
lichen. Infolgedessen wurde gestern abend der französischen
Presse der Wortlaut des Vertrages übermittelt. Das
Dokument ist in 15 Abschnitte eingeteilt, nicht einbezogen
das Abkommen über die militärische Besetzung des linken
Rheinufers, von dem nur ein Auszug veröffentlicht wird,
weil die Länge dieses Schriftstücks seine Veröffentlichung
im Wortlaut verhindern würde.

Die Engländer in Antwerpen.

Nach einer Havas-Reuters-Depesche meldet der „Soir“,
daß England seine Basis in Rotterdam aufgeben und allen
maritimen englischen Dienst nach Antwerpen verlegen.

Die Unterbringung der Besatzungstruppen.

Außer der Mantelnote, dem Urtext und der Dent-
schrift ist der deutschen Abordnung noch ein sogenannter
Vertragsvorschlag über die besetzten Gebiete
überreicht worden. Vertragsschließen sind Frankreich,
England, Amerika und Belgien auf der einen, Deutschland
auf der andern Seite. Dieser Vorschlag enthält in 13
Artikeln die für die Besetzung des Rheinlandes vorgesehenen
militärischen und politischen Maßnahmen. Artikel 8
des Vertragsvorschlags lautet: a) Die deutsche
Regierung verpflichtet sich, den alliierten und assoziierten
Truppen alle für sie erforderlichen militärischen Ge-
bäude zur Verfügung zu stellen und sie in gutem Zu-
stande zu unterhalten, desgleichen die erforderlichen Ein-
richtungsgegenstände, Heizung, Beleuchtung, und zwar
nach Maßgabe der darauf bezüglichen Bestimmungen, die
gegenwärtig bei den verschiedenen oben genannten Truppen
in Kraft stehen. Darin sind einbezogen: die Behausungen
für die Offiziere und Mannschaften, die Wachmannschaften,
Küchen, die Verwaltungen der Regimentsstäbe und
Generalsstäbe, die Werkstätten, Vorratsräume und Hospi-
täl, Bädereien, Regimentsküchen, Reitbahnen, Stallungen,
Erziehungsplätze, Infanterie- und Artilleriebesatzungsplätze, Flug-
plätze, Weiden, Lebensmittellager und Wandverselber, sowie
Grundstücke für die Theater- und Lichtspielhäuser und
Sport- und Erholungsplätze für die Truppen in genügender
Zahl. b) Die Mannschaften und Unteroffiziere
werden in Kasernen untergebracht und nicht bei
der Zivilbevölkerung einquartiert, es sei denn in
Fällen außergewöhnlicher Dringlichkeit. c) Falls die be-
stehenden militärischen Anlagen sich als unzureichend oder
ungeeignet erweisen sollten, dürfen die alliierten und asso-
ziierten Truppen von jedem öffentlichen oder pri-
vaten Gebäude mit seinem Personal Besitz ergreifen,
wenn es ihnen für diesen Zweck geeignet erscheint, oder
falls diese nicht ausreichen, die Errichtung neuer Ka-
sernen fordern. Die Zivilbeamten, die Offiziere
und ihre Familien dürfen bei der Zivilbevölkerung unter
Maßgabe der bei jeder einzelnen Armee für Einquartierungen
zur Zeit in Kraft befindlichen Bestimmungen untergebracht
werden.

Beirat für die besetzten Rheinlande.

Weimar, 20. Juni. Das Kabinett hat heute zum Reichs-
kommissar für die besetzten Rheinlande den Regierungs-
präsidenten v. Starck ernannt und ihm einen Beirat von
sieben Parlamentariern beigegeben. In diesem Beirat
sitzten der frühere hessische Finanzminister Beder von der
Deutschen Volkspartei, Koch-Düsseldorf, deutschnational,
der Sozialdemokrat Sollmann und Probst, vom Zentrum
Kraas-Trier und Schmitt-Mainz, und der Demokrat Falk-
Aöln.

Weiteres aus Clemenceaus Begleitschreiben.

Paris, 19. Juni. Aus dem Begleitschreiben
Clemenceaus zur Antwort der Alliierten an den Prä-
sidenten der deutschen Friedensdelegation sind noch folgende
Bemerkungen nachzutragen:

1. Ueber das internationale Reglement für den Fluß-
verkehr: Wenn jemand die heute in Mißkredit geratene
Lehre annimmt, die voraussetzt, daß jeder in einen Ver-
zweigungskampf um die Vorherrschaft gegen seine Nachbarn
verwickelte Staat sich über die völkerrechtlichen Bestimmungen
hinwegsetzen darf, so besteht kein Zweifel, daß die fraglichen
Bestimmungen der systematischen Erwürdigung eines Rivalen
kein Hindernis bieten können. Aber wenn das angenom-
mene Ideal darin besteht, daß die Völker in den Werken des
Handels und des Friedens zusammenarbeiten, so sind jene
Bestimmungen natürlich und richtig. Die Anordnungen, die
die Teilnahme von Vertretern von Nicht-Mitgliedsstaaten an den
Flußkommissionen vorsehen, garantieren die Wahrung des
allgemeinen Interesses.

2. Bezüglich der Blockade: Im Laufe der Erörte-
rung der wirtschaftlichen Bedingungen und auch an anderen
Stellen hat die deutsche Delegation ihre Anklagen gegen die
von den Alliierten und Assoziierten festgesetzte Blockade er-
neuert. Die Blockade ist und war immer eine gesetzmäßige
und anerkannte Kriegsmethode. Zu den verschiedensten
Zeiten ist ihre Anwendung unter Anpassung an die Ver-
änderungen in den internationalen Verkehrsmitteln erfolgt.

Wenn also die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland
eine ausnahmsweise strenge Blockade, bei der sie sich indessen
ständig bemühten, sie den Grundsätzen des internationalen
Rechts gemäß auszuführen, auferlegt haben, so ist dies
lediglich zu betrachten als eine Folge des verbrecherischen
Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges
und der von Deutschland durchgeführten barbarischen
Kriegsmethoden. Im übrigen ist zu bemerken, daß die
alliierten und assoziierten Mächte es nicht für notwendig
gehalten haben, auf die Ausführungen der deutschen Rote
Wort für Wort zu antworten.

3. Betreffend die Wiedergutmachungen: Die
deutsche Delegation hat dem im Vertrag enthaltenen Vor-
schlag hinsichtlich der Wiedergutmachungen sehr mißge-
deutet. Der Vorschlag beschränkt die von Deutschland zu
zahlende Summe auf jenen Betrag, der gemäß den Waf-
senstillstandsbedingungen für die Schäden zu ersetzen ist,
die durch den Angriff Deutschlands der Zivilbevölkerung
der Alliierten verursacht wurden. Er bezweckt lediglich,
beiderseitig die Bezahlung der Wiedergutmachungen, zu
denen Deutschland verpflichtet ist, möglichst zu erleichtern.
Der Vorschlag muß also auf diese Art ausgedeutet werden.
Dieser Sachlage entsprechend sind die alliierten und assoziierten
Regierungen nicht gewillt, ihn abzuändern.

4. Nachtrag zum Schluß des Begleitschrei-
bens: Schließlich erklären die alliierten und assoziierten
Mächte, daß die heute übermittelten Bedingungen ihr letztes
Wort sind. Sie haben die deutschen Vorschläge und Gegen-
vorschläge sorgfältig und sehr genau geprüft. Sie haben
auf Grund der deutschen Gegenvorschläge bedeutende prak-
tische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht, halten
sich aber hinsichtlich der Grundzüge genau an den Vertrag.
Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Ab-
rechnung über den großen Krieg darstellt, sondern auch die
Grundlage bildet, auf der die Völker Europas in Freund-
schaft und Gleichheit zusammenleben können. Der Vertrag
schafft gleichzeitig die nötigen Organe, um auf friedliche Weise
alle internationalen Probleme auf dem Wege der Erörte-
rung und der Uebereinstimmung zu lösen und um die Mittel
zu finden, die Abrechnung von 1919 von Zeit zu Zeit zu
ändern, in dem man sie an neue Tatsachen und Umstände,
sobald solche eintreten, anpaßt. Sicherlich ist der Vertrag
nicht gegründet auf eine allgemeine Freisprechung von der
Schuld an den Ereignissen von 1914 bis 1918. Er wäre ja
sonst kein Gerechtigkeitsfrieden. Er stellt jedoch einen auf-
richtigen und entschiedenen Versuch dar, die Herrschaft des
Gesetzes aufzurichten, die auf die Einwilligung der Regier-
ten begründet ist und die unterstützt wird durch die Meinung
der Menschheit und die vereinbarte Grundlage für den Frieden
gewesen ist.

Politische Rundschau.

Gegen die deutschen Eisenbahner im Elsaß.

(Havas.) Der Eisenbahnerverband Straßburgs ver-
langt in einer Tagesordnung die Zurücksendung der nach
dem Waffenstillstand noch in Straßburg verbliebenen deut-
schen Eisenbahner. Die Zusammenarbeit mit den deut-
schen Eisenbahnern wird verweigert. Dieser Beschluß
wird Clemenceau und Millerand übermittelt werden.

Zum Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Rom, 20. Juni. (Havas.) In der gestrigen Kammer-
sitzung verlangte Orlando, daß sich die Kammer als Ge-
heimkomitee versammle und stelle dieserhalb die Ver-
trauensfrage. Sein Vorschlag wurde jedoch mit 259 ge-
gen 78 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen teilte Orlando
mit, daß das Kabinett demissioniere. Der König behielt
sich die Entscheidung vor. — Der Ananti schreibt dem
Sturze des Kabinetts Orlando episodische Bedeutung zu,
die auch keinen Einfluß auf die Politik der Massen haben
werde.

Erfolgreiche Verteidigung Brombergs.

Berlin, 20. Juni. In der Nacht zum 19. Juni
griffen starke polnische Kräfte, etwa 600 Mann mit Pan-
zerkraftwagen die in vorderster Linie befindliche zweite
Kompanie des aus Eisenbahnern bestehenden Bataillons
Bromberg bei Neuhwalde an. Der Angriff wurde durch
die Wachsamkeit der Verteidigung unter großen Verlusten
der Polen an Toten und Verwundeten restlos abge-
schlagen. Beute und Gefangene fielen in unsere Hand.
Die Verluste der tapferen Eisenbahner, die die deutsche
Stadt Bromberg zum zweiten Male vor einem polnischen
Angriff bewahrt haben, betragen drei Tote und sechs
Verwundete. — Aus Birnbaum wird gemeldet: Die
Polen haben gestern im Kreise Birnbaum bis 20 Kilo-
meter östlich der Demarkationslinie alle deutschen Männer
über 17 Jahre interniert und weggeführt.

Gegen ein bewaffnetes Vorgehen im Osten.

Danzig, 19. Juni. Vorgestern und gestern abend
sanden große Versammlungen der Betriebsarbeiterräte und
Angestelltenausschüsse statt, die nach langen erregten Er-
örterungen folgenden Beschluß faßten: Die Betriebs-
arbeiterräte beschließen im Verein mit dem Vollzugsaus-
schuß ein etwaiges bewaffnetes Vorgehen der Militär-
kräfte gegen irgendeinen feindlichen Einmarsch in West-
preußen mit dem allgemeinen Generalstreik zu beantworten.
Der Vertreter der Mehrheitssozialisten erklärte zu diesem
einstimmigen Beschluß, daß auch die Mehrheitssozialisten
auf demselben Standpunkt stünden. Auch ein Vertreter
der Eisenbahner erklärte das volle Einverständnis der
Eisenbahner zu diesem Beschluß.

Nette Zustände in Hamburg.

Der Kommandeur von Groß-Hamburg verhängte wegen
des Ueberhandnehmens der Lebensmittelplünder-
ungen im Freihafengebiet vom 20. ab die verschärfte
Hafensperre über das gesamte Freihafengebiet. Das Um-

sichgreifen von Lebensmitteldiebstählen im Freihafen führte
bereits zur Organisation von Diebesbanden, die in Stärke
von 500—600 Mann sich mit Frauen und Kindern um-
geben, um beim Durchbrechen der Sperre die Sicherheits-
mannschaften vom Gebrauch der Waffen abzuhalten.

Heimkehr unserer Balkan-Krieger.

Nach einem Telegramm des Admirals Hopmann aus
Saloniki sind 107 Offiziere und 3816 Mann von den
Saloniki-Truppen am 10. Juni über Gibraltar nach
Hamburg abgefahren. Der Rest von 149 Offizieren und
1852 Mann erwartet das letzte Schiff von Konstantinopel,
über welches Verhandlungen schweben. Der Dampfer
„Gulbjerman“ mit dem Rest der deutschen Truppen aus Kon-
stantinopel wird ungefähr am 28. Juni in Hamburg er-
wartet.

Rückkehr Internierter.

Konstanz, 20. Juni. Gestern mittag trafen mit Sonder-
zug zwei Offiziere und 519 Mann, die bisher in der Schweiz
interniert waren, hier ein. Sie wurden in der üblichen Weise
herzlich begrüßt. Nach 10 Uhr abends kamen noch 12 Offi-
ziere und 43 Mann der deutschen Handelsmarine sowie zwei
Frauen und mehrere Kinder hier an, welche bisher in
Spanien interniert waren. Die in den letzten Tagen hier
angekommenen 300 Russen sind heute früh nach der Schweiz
abtransportiert worden.

Neuring's Mörder.

Berlin, 21. Juni. Der Mörder des sächsischen Kriegs-
ministers Neuring ist, der „Deutschen Allgem. Ztg.“ zufolge,
nunmehr einwandfrei festgestellt. Es ist der Matrose G o t t-
l e n d e r, der von den Elbweibern aus Neuring erschossen
hat. Ein anderer Matrose namens Pie hat mit einem
Gewehrstoß so lange auf die Hände des Ministers Neu-
ring, der sich an die Elbbrücke anklammerte, eingeschlagen,
bis er in die Elbe hineinstürzte. Erwähnt sei noch, daß eine
Frau mit der Hutnadel auf den Minister eingestochen hat.
Alle drei Personen befinden sich in Haft. Der Prozeß wird
im Juli verhandelt werden.

Der Nachtragsetat.

Berlin, 20. Juni. Der Nationalversammlung wurde
heute der Nachtragsetat zugestellt, der die Verlängerung
des Notetats vorsieht. Gleichzeitig wurde ein dritter
Nachtragsetat von sechs Milliarden angefordert.

Beihilfe zu Kriegswohlfahrtsmaßnahmen.

Berlin, 20. Juni. Der preussischen Landesversammlung
ist ein Gesetzentwurf zugegangen, worin als weitere Be-
ihilfe zu Kriegswohlfahrtsmaßnahmen der Gemeinden und
Gemeindeverbände 150 Millionen Mark verlangt werden.

Gegen die finanziellen Deserteure.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, ist der
Nationalversammlung der Entwurf eines Gesetzes zur Ver-
schärfung der Maßnahmen gegen die
Steuerflucht zugegangen. Es wird darin vorgeschlagen,
daß die Sicherheit, die Steuerpflichtige im Falle der Auf-
gabe ihres Wohnsitzes im Inlande zu leisten haben, von 20
auf 50 Prozent des Vermögens erhöht werde. Der Entwurf
enthalt auch eine Bestimmung, die den Reichsminister der
Finanzen ermächtigt, mit den auswärtigen Regierungen ein
Uebereinkommen wegen gegenseitiger Rechtshilfe bei Fest-
stellung des im Auslande befindlichen Vermögens von im
Inlande wohnenden Personen abzuschließen. Es sei zu er-
warten, daß diese Vorschriften eine abschreckende Wirkung
haben würden, zumal wenn es gelingen sollte, derartige
Uebereinkommen mit Holland und der Schweiz, den zurzeit
für die Abwanderung deutschen Kapitals in erster Linie in
Betracht kommenden Ländern, abzuschließen.

AMBI- Dachstein-Maschine für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

Lokalnachrichten.

* Adnigstein, 23. Juni. Wird unterzeichnet
oder nicht?, das war die ständige Frage der letzten
Tage in vergangener Woche. Von dem Ernst und der
Tragweite ihrer Beantwortung zeugten die Vorbereitungen
der alliierten Truppen, welche man im ganzen besetzten
Gebiete und am meisten an der Grenze desselben, so
besonders auch in hiesiger Gegend beobachten konnte.
Großes Interesse erregten deshalb auch die Veröffent-
lichung der neuesten Nachrichten aus Weimar, die Ant-
wort auf die Frage geben konnten und namentlich die letzte
Depesche gestern Abend, welche gerade noch vor Ablauf der
von den Alliierten gestellten Frist die Bejahung der Na-
tionalversammlung mitteilte, wurde nicht nur von der
Einwohnerschaft sondern auch von den einquartierten
Truppen zu Hunderten an der Anschlagtafel unserer
Zeitungen gelesen und in großen Gruppen besprochen.

* Ein empfindlicher Temperatursturz hat sich
seit Samstag hier vollzogen. Während vorher die Hitze
teils über 30 Grad stieg, sank nach einem kurzen heißen
Regen und darauffolgenden Sturm das Thermometer
bis 8 Grad. Wenn das Quecksilber gestern auch wieder
etwas in die Höhe kletterte, so ist die Temperatur doch

immer noch erheblich kühler als die Wochen vorher. Zeitweise bewölhter Himmel läßt Regen erhoffen, welcher der ganzen Vegetation recht nötig wäre.

Königstein, 22. Juni. Der Unterricht in der Volksschule fällt vorläufig noch aus, da die Schulsäle weiter von französischem Militär benützt werden; daselbe gilt auch am Dienstag für die Fortbildungsschule.

Eine neue Postkarte. Eine neue amtliche Postkarte mit Wertstempel wird von der Reichspost vorbereitet. Am 1. Juli werden, wie wir berichtet hatten, Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung zu 10, 15 und 25 Pf. ausgegeben. Auch die neue Postkarte ist hierfür bestimmt. Sie erhält den Wert von 10 Pf., wie sie jetzt im Fernverkehr verwendet werden muß.

Für diejenigen Personen, für die Anspruch auf Pensionsgebühren nach D. P. G. besteht, können ab 1. Juni 1919 a) bei schweren Entstellungen des Gesichtes, b) beim Verlust der Zeugungsorgane, c) bei Verlust oder Erblindung eines Auges (ohne Rücksicht auf den Zustand des anderen Auges), Zuwendungen in Höhe der einfachen Verrentungsbetrag gewährt werden. Eine entsprechende Verfügung ist im Allgemeinen Verordnungsblatt 19. Seite 452 unter Nr. 775 abgedruckt. Anträge sind an die Pensionsabteilung des Kriegsministeriums zu richten.

s. Kellheim, 23. Juni. Gestern spielten die 1. und 3. Mannschaft der Turnriege Schwanheim gegen die gleiche Mannschaften des hiesigen F. C. „Olympia“. Zuletzt spielten die 3. Mannschaften und entschied sich das Spiel mit 4:1 Tor zu Gunsten des Kellheimer Vereins. Darauf spielten die 1. Mannschaften. Das Spiel, das sehr interessant war, endete unentschieden 2:2.

Von nah und fern.

Höchst a. M., 20. Juni. Die Stadtverordneten bewilligen eine Million Mark zum Bau von Mittelstandswohnungen; es sollen fünf-, vier-, drei- und zweijährigen Wohnungen errichtet werden. Ferner wurden weitere 50 000 M. bewilligt zur Erweiterung des Wasserwerks, 5000 Mark dem Vaterländischen Frauenverein zur Verfügung gestellt zur Bekämpfung der Lungentuberkulose und endlich 1000 M. gewährt zur Fürsorge für die noch nicht zurückgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Höchst a. M., 20. Juni. Farbwerke vormals Meister, Lucius und Brüning. In der ordentlichen Hauptversammlung wurde die Dividende auf 12 Prozent festgesetzt und die Ausgabe von 30 000 000 4,5prozentiger Schuldverschreibungen beschlossen. Die neue Anleihe soll dazu dienen, den nach dem Friedensschluß notwendigen Rohstoffbedarf zu bezahlen. Die aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt. An Stelle des verstorbenen Generaldirektors Herbert von Meister wählte man den Regierungspräsidenten a. D. Dr. Wilhelm von Meister (Wiesbaden) neu in den Aufsichtsrat. Infolge der Erhöhung der Löhne und der Preissteigerung für Rohstoffe, auch wegen der durch Kohlenmangel verursachten Erzeugungseinschränkung und wegen Schwierigkeiten bei der Ein- und Ausfuhr sei während der ersten Monate des laufenden Jahres mit erheblichen Verlusten gearbeitet worden. Wenn auch in neuester Zeit leichte Besserung eingetreten sei, so müsse man die Gesamtlage doch auch jetzt noch als unbefriedigend bezeichnen.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Müde mißhandelt. Kapitänleutnant Müde, der Held der Anetha, wurde heute nachmittag bei einem Vortrag im Schumanntheater von mehreren Personen angegriffen, so daß er den Vortrag abbrechen mußte. Beim Verlassen des Theaters wurde er erneut angegriffen und stark mißhandelt. — Mehrere Druckereien haben dem Magistrat Forderungen über 27 000 M. für Druckkosten, die der Arbeiterrat bei ihnen herstellen ließ, überreicht. Aller Voraussicht nach wird sich die Stadt weigern, die Summe zu bezahlen.

Wiesbaden, 20. Juni. Der städtische Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1919 schließt mit einem erheblichen Fehlbetrag ab, der in erster Linie auf Kriegskosten zurückzuführen ist. Zur Deckung der Ausgaben und Fehlbeträge tritt eine Erhöhung der Einkommensteuer von 110 auf 270 Prozent ein. Die Steigerung der Grundsteuer konnte noch nicht festgelegt werden. Weitere erhebliche Erhöhungen sind vorgesehen für den Bezug von Gas, Wasser und Elektrizität.

Dohheim, 20. Juni. Ein hiesiger Feldzugsteilnehmer, der von draußen nicht weniger als 5 Kisten voll Wertgegenstände aller Art, die er im Kampfgebiet gefunden haben will, nachhause geschickt hatte, mußte

sich dieserhalb gestern vor dem Militärgericht in Wiesbaden verantworten. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis und 2000 Francs Geldstrafe.

Darmstadt, 20. Juni. General Mangin, an dem wegen der Beschießung der Stadt Darmstadt Protestdepechen geschickt wurden, hat bei dem hiesigen Staatsministerium mit einer Anzahl Offiziere einen Besuch gemacht, um die Geschädigten zu besichtigen und Ermittlungen anzustellen.

Letzte Draht-Nachrichten.

Verseukung der deutschen Kriegsschiffe durch ihre Mannschaften.

mz London, 21. Juni. Reuter. Die Admiralität teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten Schiffe in der Scapa-Bucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

mz London, 21. Juni. Reuter. Alle in der Scapa-Bucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden“ sind versenkt worden. Desgleichen wurden 5 leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen 3 durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. 18 Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, 4 sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Kontreadmiral und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe sind unter Bewachung der britischen Kriegsschiffe.

Einige Boote von diesen Schiffen waren zum stoppen aufgefordert worden, weigerten sich aber dieses zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringer deutscher Besatzung an Bord interniert gewesen.

mz London, 22. Juni. (Reuter.) Ein Telegramm aus Edinburg meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu befehlen, falls der Friedensvertrag nicht unterzeichnet würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutsche Besatzung der versenkten Schiffe hatte diese Absicht vorausgesehen.

Klosettpapier in Rollen und Paketen, verschiedener Qualität zu haben in der Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44.

Amtsliche Bekanntmachungen.

Nach einer Verfügung des Herrn Administrateurs vom 15. ds. Mts. dürfen die Zeitungen „Die Blindenwelt“ und „Allgemeine Tierchutz-Zeitschrift“ in das besetzte Gebiet eingeführt werden.

Königstein i. T., den 18. Juni 1919.
Der Landrat: **Jacobs.**

Quartier.

Unter Bezugnahme auf wiederholte Bekanntmachungen wird darauf hingewiesen, daß bei dem heutigen Truppenwechsel alle abziehenden Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Pferde abgemeldet werden müssen.

Alle ankommenden Truppen sind neu zu melden, auch wenn sie die alten Quartiere in den Quartieren abgeben. Bei dieser An- und Abmeldung nicht bewirkt, hat keinen Anspruch auf Quartierentschädigung.

Königstein (Taunus), den 18. Juni 1919.
Der Bürgermeister: **J. R. Brühl.**

WEINE

Billige 1918er zum Ausschank und für Bowlen.
Feine Tafel- und Dessertweine.

J. B. HARTMANN

Weinhandlung und Südwein-Import
HÖCHST AM MAIN.

Büro: Hauptstrasse 50, I.
Kellereien: Mainberg 7.

Telefon 502.

Gesucht für **jetzt od. später** in **Landhaus od. Villa** mit **Garten** in freier, schön. Lage in **Königstein oder Cronberg** **comfortable Wohnung** von **6-10 Zimmern** mit entsprechendem Zubehör (Centralheizung, Badung, etc.) **ganzen Hauses mit Vorkaufsrecht bevorzugt.** Gest. An- gebote mit näheren Details **Preisangabe** und **unbedingt unter Beifügung von Grundrissen**, die sofort nach Einsichtnahme zurückfolgen, unter **C. W. 17** an die **Geschäftsstelle dieser Zeitung** erbeiten.

Postkarten

(Keine Ansichtskarten)
garantiert **schreibfähig**
für jede Tinte, bester Karton,
zu haben in der Druckerei
Ph. Kleinbühl, Königstein.

Gesucht bis 1. Juli zuverlässiges, **Mädchen** sauberes für Haus- und Küchenarbeit.
Klosterstraße 9, Königstein.

Gross- und Kleintierhäute

werden **schnell und gut gegerbt.**
Zu vertragen in der Geschäftsst.

Dezimalwage

Guterhaltene mit Schiebergewicht zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter **H. L. 37** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Selters-Sprudel

Augusta Viktoria, eines der besten Natur-Mineralwässer gegen alle Krankheiten, empfiehlt **Josef Kohl, Kellheim, Telefon Nr. 8.**

Zement und Sackkalk

eingetroffen
Joh. Kowald Söhne,
Fernruf 82 - Königstein.

Zu verkaufen:

Ein **Büffet**, geeignet als **Wäscheschrank**, ein kleines **Sofa**, **schied.** **Wäsche- und Silberstücke** (Christstöße) ferner einige Meter **feines schwarzes Tuch.** Anzufragen 11-1, 4-8 Uhr.
Klosterstraße 9, Königstein.

Nähmaschinen

und **Fahrrad-Öl**
in guter Qualität empfiehlt
E. Baybader, Fischbach.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem langen Leiden und dem Hinscheiden meines nun in Gott ruhenden innigstgeliebten Gatten, unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Herrn Karl Bommersheim

sowie für die vielen Kranz- und Kerzenspenden und für die so zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung sagen wir unseren herzlichsten Dank.

In tiefer Trauer:

Margarethe Bommersheim geb. Heber
Familie Karl Flugel
Familie Martin Bommersheim.

Königstein, den 22. Juni 1919.

Am 21. ds. Mts. erhielten wir die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

Frau Elisabeth Maag

geb. Göbel

schon vor 2 1/2 Jahren in Baltimore (Amerika) nach einer schweren Operation gestorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Königstein im Taunus,
Oelmühlweg 7.

Fahrkühle,

mindestens 5 Monate trüchig oder frischgekauft mit Kalb, mit oder ohne komplett. Geschirr zu kaufen gesucht.

Verwaltung der **Beidenauer Mühle,** Königstein i. T., Limburgerstr. 23.

Zuchtbulle

Ein schöner sprunghafter 20 Monate alt, Simmentaler Rasse, steht zu verkaufen bei **Georg Wagner, Niederreiffenberg.**



Turnverein Kellheim i. T.

Im Weltkriege 1914/1918 fand noch den Heldentod unser Mitglied

Georg Westenberger.

Wir werden seiner stets in dankbarer Verehrung gedenken.